

Rainer Hering

## SPD und Kirchen in Deutschland

*Das Klima zwischen Sozialdemokratie und christlichen Kirchen war über lange Zeit bestimmt von gegenseitigen Vorbehalten und Abneigung. Unser Autor rekonstruiert den beschwerlichen Weg der Annäherung*

Das Verhältnis von Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung zu den christlichen Kirchen war lange Zeit sehr angespannt. Dies wirkte sich bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts aus. Erst nach der Verabschiedung des Godesberger Programms 1959, in dem explizit der öffentlich-rechtliche Schutz für Religionsgemeinschaften sowie die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Kirchen »im Sinne einer freien Partnerschaft« formuliert worden war, erfolgte eine Annäherung. Einzelne Sozialdemokraten, wie Herbert Wehner (1906-1990), Hans-Jochen Vogel (Jahrgang 1926), Hermann Schmitt-Vockenhausen (1923-1979), Heinz Rapp (1924-2007), Helmut Schmidt (Jahrgang 1918) und Georg Leber (Jahrgang 1920), erkannten hier ein Versäumnis und engagierten sich aus persönlicher Überzeugung nachdrücklich und letztlich erfolgreich in diesem Prozess. Umgekehrt engagierten sich im Protestantismus wie im Katholizismus führende Persönlichkeiten für eine Öffnung gegenüber der Sozialdemokratie. Dadurch wurden die Vorbehalte und Angriffe von kirchlicher Seite gegen die SPD abgeschwächt und es gelang der Partei, vor allem im katholischen Milieu deutlich an Stimmen zu gewinnen und als Volkspartei auf Bundesebene mehrheitsfähig zu werden.

### Der lange Weg nach Godesberg

In Anlehnung an die Religionskritik von Ludwig Feuerbach (1804-1872) hatte der von ihr beeinflusste Karl Marx (1818-1883) Religion als Überbauphänomen bezeichnet und abgelehnt – ein jenseitiger Gott sei



Christian Geisler

### Rainer Hering

(\*1961) ist Leiter des Landesarchivs Schleswig-Holstein, lehrt Neuere Geschichte und Archivwissenschaft an den Universitäten Hamburg und Kiel. Forschungsschwerpunkt u.a.: Kirchen- und Universitätsgeschichte sowie Parteiengeschichte.

rainer.hering@la.landsh.de

schlichtweg ein konstruiertes Denkmodell, das wiederum diesseitige gesellschaftliche Probleme mystifiziere. August Bebel (1840-1913) sah 1874 Christentum und Sozialismus als sich ausschließende Gegensätze wie Feuer und Wasser. Moral gebe es auch unabhängig vom Christentum, dessen Lehren und Dogmen sich gegen die Menschen richten würden. Wie Marx war auch Bebel der Meinung, dass die fortschreitende Gesellschaftsentwicklung Religion überflüssig machen werde, weil auch für die damals nur religiös zu beantwortenden Fragen rationale Erklärungen gefunden würden. Religion galt innerhalb der Sozialdemokratie als Privatsache, und die auch von vielen Liberalen geforderte Trennung von Kirche und Staat, insbesondere im Bereich des Bildungswesens, wurde zu einem der Programmpunkte. Eduard Bernstein (1850-1932) dagegen, der mit der von ihm initiierten Revisionismusdebatte das marxistische Programm in Frage stellte, betonte 1904 auf dem Bremer Parteitag, dass Religion als Kulturaufgabe »keine Privatsache, sondern eine öffentliche Angelegenheit von großer Bedeutung« sei.

Die evangelischen Landeskirchen waren eng mit dem Staat verbunden und unterstützten die insbesondere während der Geltungsdauer des Sozialistengesetzes statt-

findende Verfolgung der Sozialdemokraten vielfach. Sie wurden daher von der SPD und der Arbeiterbewegung auch in ihrem sozialen Wirken als Teil des obrigkeitstaatlichen Repressionsapparates wahrgenommen. In der katholischen Kirche gab es zwar neben der kirchlichen karitativen Arbeit Ansätze, die soziale Frage zu betonen, doch blieb die Kirche insgesamt gesellschafts- und obrigkeitkonform; päpstliche Enzykliken verdamnten den Sozialismus.

Die Jahre zwischen 1890 und dem Beginn des Ersten Weltkrieges waren von wachsenden Spannungen zwischen den Kirchen und der SPD gekennzeichnet, die als Konsequenz daraus die Kirchenaustrittsbewegung unterstützte. Zwischen 1918 und 1932 traten im Durchschnitt jährlich mehr

als 180.000 Personen aus den Kirchen aus.

Die religiösen Sozialisten blieben in Kirche und Partei weitgehend ohne Einfluss. Aber an ihr Wirken knüpften nach 1945 führende Sozialdemokraten an, als es darum ging, mit neuen Erfahrungen und einer schärferen Differenzierung zwischen Religion, Theologie und Kirche das Verhältnis der Partei zu den Kirchen neu zu bestimmen. Die teilweise im »Dritten Reich« praktizierte Zusammenarbeit von sozialdemokratischen und christlichen Gegnern des Nationalsozialismus in der gemeinsamen Verfolgungssituation hatte erheblich dazu beigetragen, eine schrittweise Annäherung zu ermöglichen. Die Forderungen nach Menschenwürde und Gerechtigkeit wurden zu einer Basis, auf die sich Parteimitglieder unterschiedlicher Herkunft einigen konnten; gleichzeitig ermöglichte sie es, die Beziehungen zu den christlichen Kirchen zu erneuern und gemeinsame Ziele ins Auge zu fassen.

Im Bundestag entstand in der SPD-Fraktion ein protestantischer Flügel, der sich verstärkte, als Teile der aufgelösten Gesamtdeutschen Volkspartei zur SPD wechselten. Ihr Vorsitzender Gustav Heinemann (1899-1976) war bis 1967 Mitglied im Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Dadurch gestalteten sich die Beziehungen zum Protestantismus unkomplizierter; regelmäßig führte der Parteivorstand offizielle Gespräche mit dem Rat.

Das Verhältnis der SPD zur Katholischen Kirche blieb hingegen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges über lange Zeit angespannt, obwohl es bereits in den frühen 50er Jahren inoffizielle Gespräche im Dominikanerkloster Walberberg gab. Sie ergaben Übereinstimmungen in sozialpolitischen Fragen, jedoch einen Dissens in Punkten des Elternrechts und der christlichen Erziehung, z.B. der Frage von Bekenntnisschulen.

Für die SPD blockierte der katholische Bevölkerungsanteil, der überwiegend die Unionsparteien wählte, den Weg von der

Opposition zur Regierung. Daher gab es ein großes Interesse, zu einer Annäherung zu gelangen. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg war die erste öffentliche Begegnung hochrangiger Vertreter beider Seiten 1958 in der Katholischen Akademie in München zum Thema »Christentum und demokratischer Sozialismus«. Zeitgleich begann auf katholischer Seite ein langsamer Annäherungsprozess, den Papst Johannes XXIII. (1881-1963) mit seiner Öffnung der Kirche, die sich im Zweiten Vatikanischen Konzil von 1962 bis 1965 widerspiegelt, initiierte.

### Zweierlei Annäherung

Zentral für die wachsende Akzeptanz der Sozialdemokratie im Christentum wurde 1959 das »Godesberger Programm«, das die Bedeutung von Kirchen und Religionsgemeinschaften und ihren öffentlich-rechtlichen Schutz anerkannte. Dies erleichterte es der SPD, auf die Kirchen zuzugehen, und führte gerade im Katholizismus zu einer Öffnung. Angeregt von Papst Paul VI. wurde im März 1964 erstmals eine sozialdemokratische Delegation im Vatikan empfangen, was großes Aufsehen erregte. Das 1965 abgeschlossene Konkordat mit dem sozialdemokratisch geführten Land Niedersachsen förderte diesen Prozess, da es Bekenntnisschulen zuließ.

Gerade zur Zeit der Großen Koalition von 1966 bis 1969 war das Verhältnis zwischen SPD und beiden Kirchen gut, da man auf Spitzenebene miteinander im Gespräch war. So wurde ein Klima geschaffen, in dem auch Katholiken in die SPD eintreten und sich dort engagieren konnten. Die in den 50er Jahren begonnenen sozialdemokratischen Wahlerfolge im katholischen Milieu setzten sich fort.

Ein weiterer wichtiger Meilenstein in der Geschichte des Verhältnisses der SPD zu den Kirchen war die Einrichtung zweier Kirchenreferate beim Parteivorstand unter dem Vorsitz Willy Brandts (1913-1992) –

ein einmaliger Vorgang in der deutschen Parteiengeschichte. Hintergrund war der Wunsch, zu allen gesellschaftlich relevanten Gruppen Kontakt zu haben, wobei der Stimmenzuwachs kirchlich gebundener Wählerinnen und Wähler bei den Bundestagswahlen 1969 und 1972, gerade aus dem Katholizismus, ebenfalls eine Rolle spielte. Besetzt wurden sie mit dem Pastor Rüdiger Reitz (1973) für den evangelischen und dem Diplom-Theologen Burkhard Reichert (1974) für den katholischen Bereich. Beide pflegten enge Kontakte zu den Kirchen, bereiteten die Gespräche der SPD mit Kirchenvertretern vor und unterstützten die regionalen und lokalen Arbeitskreise SPD-Kirche, die 1973 in Bayern entstanden waren.

Während es bereits eine lange Tradition von Gesprächen mit dem Rat der EKD gab, kam es erst 1978 zu einer offiziellen Begegnung von Vertretern des SPD-Parteivorstandes und der Deutschen Bischofskonferenz. Auf den Kirchentagen beider Konfessionen nahm die sozialdemokratische Präsenz zu.

Zu einer gravierenden Verschlechterung der Beziehungen zur Katholischen Kirche führten die Reformprojekte der sozialliberalen Koalition, insbesondere die langjährigen Auseinandersetzungen um die Reform des § 218 StGB. Helmut Schmidt, der großen Wert auf gute Kontakte zu den Kirchen legte, sprach häufig in kirchlichem Kontext. Seine Rede in der Katholischen Akademie Hamburg über Grundwerte und sein Buch *Als Christ in der politischen Entscheidung* erhöhten die Akzeptanz der SPD in der kirchengebundenen Wählerschaft.

Die Kontakte führender Sozialdemokraten und Kirchenvertreter spielten auch für die deutsch-deutschen Beziehungen eine wichtige Rolle, zumal Kirchen Raum für Regimekritik boten. Auf informeller Ebene konnten Informationen ausgetauscht und politische Schritte sondiert werden; vielen Menschen in der DDR konnte so konkret geholfen werden. Die Besuche von SPD-

Politikern in kirchlichem Kontext der DDR trugen dazu bei, das Ziel der deutschen Einheit lebendig zu erhalten und die Opposition mental zu stärken.

Innerhalb der SPD gewannen Katholikinnen und Katholiken an Bedeutung: 1987 wurde mit Hans-Jochen Vogel der erste praktizierende Katholik SPD-Partei-vorsitzender. Viele führende Sozialdemokraten, wie die Generalsekretärin Andrea Nahles, sind praktizierende Katholiken.

### Situation heute

Die gegenwärtige Bedeutung der Religion innerhalb der Partei ist unübersehbar: Im Jahr 2009 gehörten 48 % der SPD-Mitglieder der evangelischen und 23 % der Katholischen Kirche an – 26 % zählten zu keiner Religionsgemeinschaft. Damit weisen drei

Viertel der Mitglieder eine religiöse Bindung auf. Auf Bundesebene gibt es den Arbeitskreis »Christinnen und Christen in der SPD«, der von je zwei Protestanten und Katholiken geleitet wird, sowie regionale bzw. lokale Gruppierungen. Aus den beiden Kirchenreferaten wurde 2003 ein gemeinsames Referat für Kirchen und Religionsgemeinschaften beim Parteivorstand. Wolfgang Thierse formuliert das aktuelle sozialdemokratische Selbstverständnis so: »Die SPD begreift sich als eine Gemeinschaft von Männern und Frauen, die aus verschiedenen Glaubens- und Denkrichtungen kommen und sich in der Verwirklichung sozialdemokratischer Reformpolitik verbunden wissen.«

*(Eine deutlich ausführlichere Fassung dieses Beitrags mit genauen Einzelnachweisen erscheint im Archiv für Sozialgeschichte 51 – 2011).*

*Gespräch mit Carsten Schneider und Wolfgang Thierse*

## Religion und Säkularität. Eine sozialdemokratische Kontroverse

*Carsten Schneider ist haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Er unterstützt die Idee, einen Arbeitskreis »LaizistInnen in der SPD« zu gründen. Wolfgang Thierse, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, ist u.a. einer der Sprecher des Arbeitskreises »Christinnen und Christen in der SPD«. Es moderierten Dagmar Mensink, Leiterin des Referats für Kirchen und Religionsgemeinschaften beim Parteivorstand der SPD, und Thomas Meyer.*

**Thomas Meyer:** Es gibt die Initiative, in der SPD einen Arbeitskreis sozialdemokratisch-gesinnter Laizisten zu gründen, um das Verhältnis Staat-Religionsgemeinschaften neu zu diskutieren. Was erstrebt dieser Arbeitskreis?

**Carsten Schneider:** Ich finde es gut, dass es eine Initiative von Leuten gibt, die sich die grundsätzliche Frage stellen, ob das derzeitige Verhältnis von Staat und Kirche – etwa was die finanziellen Bezie-

hungen oder den Religionsunterricht betrifft – wirklich noch in die heutige Zeit passt.

Auch deshalb, weil unsere Gesellschaft sich zusehends pluralisiert. Anfang der 50er Jahre gehörten 90 % der Bevölkerung in Westdeutschland christlichen Religionsgemeinschaften an. In meinem Wahlkreis Erfurt/Weimar leben zum Beispiel heute nur noch 20 % Protestanten und 5 % Katholiken; die allermeisten sind konfessionsfrei. Sicher gibt es in dieser Initiative auch